

II-4092 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2019/15

1982-07-08

A N F R A G E

der Abgeordneten PROBST, GRABHER-MEYER
an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend verstärkte Heranziehung der freiberuflichen
Physiotherapeuten für die Heimbehandlung behinderter Personen

Seit sechs Jahren steht der VERBAND DER DIPLOMIERTEN ASSISTENTEN
FÜR PHYSIKALISCHE MEDIZIN ÖSTERREICHS mit dem Hauptverband der
Österreichischen Sozialversicherungsträger in Verhandlungen über
einen Rahmenvertrag, der den freiberuflichen Physiotherapeutinnen
bundesweit die gleichen Bedingungen einräumt.

Obwohl Anfang dieses Jahres endlich ein einvernehmlicher Vertrags-
entwurf vorlag, kam es in der Folge nicht zum Abschluß, weil
von Seiten einzelner Vertreter des Hauptverbandes neue Einwände
erhoben wurden. Offenbar wird hier - unter Hinweis auf das Vor-
handensein von Spitäler und Ambulatorien - ein echter Bedarf
angezweifelt.

Tatsächlich aber handelt es sich bei den freiberuflichen Thera-
peuten um eine kleine, aber hochqualifizierte Berufsgruppe, die
das Ziel verfolgt, auf ärztliche Zuweisung und auf Krankenschein-
verrechnungsbasis behinderten Patienten durch physiotherapeutische
Behandlung zu einer nachhaltigen Besserung ihres Zustandes zu
verhelfen.

Derzeit werden Patienten, die nicht gehfähig sind, entweder länger
im Spital belassen oder von zu Hause mit Ambulanzwagen zur
Therapie in ein Ambulatorium befördert, wobei beides bekanntlich
mit einem unverhältnismäßig hohen Kostenaufwand verbunden ist.

- 2 -

Hinzu kommt, daß die Physikotherapeutische Behandlung in den Ambulatorien nach vorliegenden Informationen zu wünschen übrig lässt, weil den Patienten oft nur angelernte Hilfskräfte zur Verfügung stehen.

Im Interesse einer besseren medizinischen Betreuung behinderter Patienten sollte der extramuralen Therapie künftig ein höherer Stellenwert zugeordnet werden, womit im übrigen durchaus auch kostensparende Effekte (etwa bei den Spitalsbetten) erzielt werden könnten. Umso wichtiger erscheint nunmehr die Einbindung der freiberuflichen Therapeuten in ein entsprechendes Konzept des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

A n f r a g e :

1. Wie lautet Ihre grundsätzliche Stellungnahme zu der oben aufgezeigten Problematik?
2. Sind Sie bereit darauf hinzuwirken, daß es möglichst bald zu dem in Rede stehenden Vertragsabschluß kommt?